

Walter Dirks

Zur «christlichen Demokratie»: Betrachtungen aus Deutschland

Deutsche Demokraten haben sich gelegentlich daran erinnert, daß es im Germanentum der vorchristlichen Zeit neben den autoritären Strukturen – der Titel «Herzog» geht auf die Stammes- und Kriegsführer zurück – auch «demokratische» gegeben habe, nämlich freiheitliche. In der Geschichte wirkmächtig sind sie nicht geworden. Als die germanischen Stämme nach der Völkerwanderung sesshaft wurden, waren sie in das Doppelsystem integriert, das im Osten wie im Westen Europas einerseits durch die römisch-kaiserliche Macht, andererseits durch die hierarchische Verfassung der Kirche bestimmt war, später auf dem Höhepunkt des Mittelalters, durch die beiden höchsten Autoritäten, repräsentiert durch den Kaiser und den Papst. In den Städten gab es in verschiedener Ausprägung «demokratische» Strukturen in dem Maße, wie die Handwerker sich gegen die feudalen und patrizischen Gruppen behaupten konnten; aber sie haben sich ebensowenig wie die Ansätze einer Bauernfreiheit im Großen durchsetzen können.

Zur Reformationszeit hätte ein Bund der Städter und der Bauern gegen den Adel und die Fürsten der Geschichte eine andere Wendung geben können, aber indem sich die Liquidation des mittelalterlichen Systems in der Reformation auf die Innerlichkeit beschränkte, blieb die Hegemonie des autoritären Gesamtsystems erhal-

ten, und das zerbrechende Reich zerfiel zunächst in die Landesfürstentümer, außerhalb Deutschlands in die Nationalstaaten. Daß Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erst verspätet und unter der Führung des stärksten Landesfürsten, des Königs von Preußen, zum Nationalstaat wurde, gab dem deutschen Bewußtsein keine gute Chance. Zwar hatte die große französische Revolution über den Rhein hinweg den deutschen Bürgern starke Anstöße gegeben, und ein halbes Jahrhundert lang, etwa zwischen 1806 und 1849, hatte sich die Idee der Freiheit mit der der Einheit aufs engste verbunden, aber 1871 nahm dieses Bürgertum das Angebot Bismarcks an, die Einheit zu erreichen, aber nur um den Preis des Verzichtes auf eine freiheitliche Demokratie.

Im 19. Jahrhundert

Die deutschen Katholiken sind im allgemeinen dieser Entwicklung gefolgt, zögernd. Die Romantik, die nach der Periode der großen Klassiker das Mittelalter neu entdeckt hatte, schien eine Weile den Katholiken die Chance zu geben, sich in der Nation zu integrieren; aber als die von der bürgerlichen Revolution in Frankreich angestoßenen Bürger ihren Freiheitswillen artikulierten, griffen die Katholiken die neue Parole vor allem in einer typischen Variante auf: Die Katholikenvereine, die sich nach dem gescheiterten demokratischen Versuch der Paulskirche bildeten, forderten vor allem die Freiheit, dem Papst gehorchen zu dürfen. Sie verstanden sich als «auch»-national, orientierten sich aber gegen die Mehrheit der Nation an der gegenreformatorischen Kirchlichkeit. Die Konstellation des defensiven Kulturkampfes führte zur Abgrenzung gegen die liberale und gegen die protestantische Kultur des Jahrhunderts. Die konstitutionelle Monarchie, in der das Parlament nur begrenzt, vor allem durch das Recht der Haushaltsbewilligung der Länder und des Reiches die Souveränität des monarchischen und oligokratischen Regiments einschränkte, schien ihnen nahezulegen, sich in der Parteienlandschaft um die große Politik wenig zu kümmern und sich als Partei der Katholiken zu organisieren. Zwar zog das «Zentrum» einerseits durch seinen Föderalismus, andererseits als kulturkonservative Partei auch evangelische Christen an, aber nur in geringem Umfang.

Die aktiven Katholiken, ob sie nun im übrigen konservativ oder fortschrittlich dachten oder

fühlten, ob sie Bürger, Bauern oder Aristokraten waren, setzten in den Parlamenten parteipolitisch nur ihre Katholizität ein, und so hatte ihre Partei nur kulturpolitisch ein gewisses Profil. Diese (einzige) Weltanschauungspartei war nicht eigentlich eine sinnvolle demokratische Struktur, und ihre Gegner konnten den Katholiken und ihrer Partei mit einem gewissen Recht den Vorwurf machen, sie seien «ultramontan»: Sie dächten und handelten im Grunde nicht im Verband der Gesellschaft der Nation, sondern von der kirchlichen Zentrale in Rom gesteuert.

Als Bismarck in derselben Zeit die Katholiken und die Sozialisten zu Feinden des nationalen und monarchischen Reichs proklamierte, hätte sich für die Katholiken die Möglichkeit ergeben können, mit den Sozialisten zusammen eine demokratische Opposition zu bilden. Aber da Rom nicht nur den Liberalismus, sondern auch den Sozialismus verurteilte (am markantesten in Leos XIII. Enzyklika «*Rerum novarum*»), teils in religiöser Argumentation, teils in einer Fixierung auf eine konservative und ständische Ordnung, wurde diese Chance nicht genutzt. Die Formel «Thron und Altar» blieb dominant, in den katholischen Ländern des Reichs ohnehin, aber auch die protestantischen Christen konnten auf die Loyalität der Katholiken bauen. Der katholische Adel aber, der vor allem im Rheinland und in Schlesien im Katholizismus eine erhebliche Rolle spielte, war ohnehin im aristokratischen Kartell mit den Fürsten. (Die Frage, wie weit die Bischöfe sich als Kirchenfürsten und in der Nähe des Adels feudal oder aber als volksnah empfunden haben, wäre eine besondere Untersuchung wert.)

Der Katholizismus konnte im Zentrum zwar Sozialimpulse auslösen, nicht aber freiheitlich-demokratische. So war die Haltung der deutschen Kirche im 19. Jahrhundert und im Vorkriegsjahrzehnt des 20. in hohem Grade durch die Umstände determiniert, vor allem durch die heikle Situation der deutschen Kirche zwischen dem Anspruch der Nation und dem des gegenreformatorischen römischen Systems.

Nach dem Ersten Weltkrieg

Nach der Niederlage des 1. Weltkriegs ließen der Katholizismus und das Zentrum die Revolution, die keine war, passiv geschehen. Doch war mit der Verfassung von 1919 eine neue Situation gegeben. Die verdächtige revolutionäre Bewe-

gung hatte sich zu einer demokratischen Ordnung konsolidiert. Nun war der Reichstag als der demokratische Souverän für alle politischen Entscheidungen zuständig. In dieser Lage hätte es für den deutschen Katholizismus die Möglichkeit gegeben, sich in einer produktiven Distanz von allen Parteien zu verstehen: Das hätte den Katholiken die Chance gegeben, das christliche Engagement nach der evangelischen Formel vom Salz und vom Sauerteig in alle produktiven Parteien einzubringen. Aber man hielt am überlieferten Zentrum fest. Eine zweite Möglichkeit, für die sich Joseph Wirth und seine Freunde einsetzten, wäre es gewesen, die Zentrumsparlei selbst nicht mehr konfessionell, sondern politisch zu definieren; es wäre dann darauf angekommen, im Bündnis mit den Sozialdemokraten und den radikaldemokratischen Bürgern für die Verwirklichung der in der Verfassung von 1919 proklamierten sozialen und demokratischen Republik einzutreten, mit einem politischen Programm. Auch diese Möglichkeit ist nicht verwirklicht worden.

Die Partei definierte sich als «Mitte», füllte aber diese Mitte nicht mit konkreten politischen Inhalten aus, sondern wurde und blieb eine Funktion der Linken und der Rechten. Sie neutralisierte sich dadurch selbst und war denn auch in allen Regierungen, erst den linken, später den rechten, vertreten. Der Parteivorsitzende Wilhelm Marx definierte das Zentrum als «Verfassungspartei», in der Monarchisten ebenso ihren Platz haben sollten wie Republikaner und Demokraten; er hätte auch sagen können: wie Nationalisten und Pazifisten. Durch ihre Neutralität entzog sich die Partei ihrer demokratischen Aufgabe, zum Schaden der Republik wie zum Schaden des deutschen Katholizismus.

So versagte sie auch gegenüber der 1930 sichtbar werdenden faschistischen Gefahr. Sie bekämpfte wie die anderen bürgerlichen und proletarischen Kräfte nur den Dämon Adolf Hitler und seine glaubensfeindliche populistische Bewegung, erkannte aber nicht, daß diese Bewegung ihre reale Chance nur in dem sich anbahnenden Bündnis hatte, das der Nationalsozialismus mit den von den bürgerlichen Oberschichten vertretenen Nationalismus der Armee, der Verwaltung, der Justiz, der großen Industrie schloß.

Der deutsche Katholizismus hatte vom Marxismus nichts gelernt: Er dachte nicht geschichtlich, auch nicht in politischen Kräften, er inter-

pretierte das politische Handeln (wie das moralische Handeln überhaupt) neuscholastisch und kasuistisch vom überlieferten Normengefüge aus, kannte politische Grundkategorien wie die Entscheidung und das Risiko nicht. So blieb der deutsche Katholizismus, der sich moralisch so eindeutig gegen den Nationalsozialismus engagiert hatte, wehrlos gegenüber der faschistischen Gefahr. Er wurde vom Sieg jenes Bündnisses überrascht. In den letzten Jahren vor der «Machtergreifung» Adolf Hitlers wäre eine antifaschistische Einheitsfront zur Verhinderung der Diktatur fällig gewesen, und die Katholiken, das Zentrum und die katholischen Verbände hätten sich als ein wichtiger Teil in diese Front einbringen müssen. Daß sie nicht zustande kam, haben neben den Kommunisten, den Sozialdemokraten und dem demokratischen Teil des Bürgertums auch die Sprecher des politischen Katholizismus zu verantworten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg

Daß dieser dazu nicht imstande war, erwies sich nach dem Ende des Kriegs und der Diktatur als ungutes Erbe. Die Restauration begann schon im Frühjahr 1945, als sich der Reihe nach die 1933 gescheiterten proletarischen und bürgerlichen Parteien wieder herstellten. Als in gewisser Hinsicht neuartige Partei etablierte sich die Christlich-Demokratische Union (in Bayern die Christlich-Soziale Union), in der Konsequenz der wachsenden ökumenischen Annäherung der Konfessionen. Aber die Partei ging in hohem Grade auf das Zentrum der Weimarer Zeit zurück. Nicht die kleine Zentrumsparterie, die noch heute in einigen Gegenden existiert, sondern die Union war der Erbe des Zentrums. Man kann davon ausgehen, daß sich die Zentrumswähler der Weimarer Periode, deren Zahl unabhängig von den sonstigen Verschiebungen im Wählerverhalten bis zur letzten freien Wahl vom März 1933 erfreulich konstant geblieben war, durchweg in der Union wiederfanden. Was aber die hinzugekommenen Protestanten betrifft, so rekrutierten sie sich weniger aus den Anhängern der Bekennenden Kirche, die mit oder ohne Vermittlung der «Gesamtdeutschen Volkspartei» Gustav Heinemanns zur Sozialdemokratie stießen, sondern aus dem Reservoir der beiden anderen Gruppierungen im Protestantismus der Hitlerzeit: aus den (nationalsozialistischen)

Deutschen Christen und den meist lutherischen Anhängern des bürgerlichen Nationalismus. Der konservative Trend der Partei ist dadurch sehr verstärkt worden.

Die skizzierte Geschichte der «christlichen Demokratie», die es in der Bundesrepublik Deutschland seit dem Kriegsende gibt, ist von der Geschichte der entsprechenden Parteien in Italien, Frankreich, Lateinamerika und international durchaus zu unterscheiden. Es wird zu fragen sein, ob und wie weit die deutsche Lösung, die wohl mit Sicherheit in Italien und in Frankreich anregend gewirkt hat, auch für die süd- und zentralamerikanischen christlich-demokratischen Parteien ein Vorbild gewesen ist.

Auf dem Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches gibt es drei Parteien der christlichen Demokratie. Die CDU der Deutschen Demokratischen Republik, die in den sehr speziellen Bedingungen des kommunistisch geprägten Staates lebt, lasse ich beiseite. Die «Christlich-Soziale Union» im «Freistaat Bayern», die Nachfolgerin der «Bayrischen Volkspartei» der Weimarer Zeit, die gleichfalls neben der außerbayrischen katholischen Partei existiert hatte, ist um erhebliche Grade konservativer (oder auch reaktionärer) als die größere Schwesterpartei; in ihr ist außerdem das katholische Element ausgeprägter als in der CDU, die besonders in Norddeutschland durch ihre Minderheit (in einzelnen Regionen: durch ihre Mehrheit) von Protestanten bestimmt ist. In dem Umstand, daß die bayerische Partei das Prädikat «sozial» statt des Prädikats «demokratisch» gewählt hat, hat man wohl weniger ein Bekenntnis zur sozialen Dimension zu sehen: Es spiegelt sich darin wohl die aus dem 19. Jahrhundert ererbte alte katholische Abneigung gegen die Demokratie. Die CSU, im Bundestag mit der CDU zu einer gemeinsamen Fraktion zusammengeschlossen, gehört dennoch in den Zusammenhang dieses Aufsatzes.

Die Entstehung der CDU kann ohne den ökumenischen Impuls nicht verstanden werden: Man hielt es nach der beide Konfessionen bedrängenden Diktatur für selbstverständlich, daß in der neuen Staatlichkeit die Katholiken und die evangelischen Christen zusammengehen sollten. Dadurch wurde zugleich eine gemeinsame Abgrenzung gegen die beiden sozialistischen Parteien und gegen den politischen Liberalismus fixiert: Sowohl von den Führern der Partei als auch von den Mitgliedern und den Wählern aus wurde die CDU dadurch zu einer dezidiert bürgerlich-

bäuerlichen Partei. Sie hatte in der Tradition des Zentrums einen an sich beachtlichen Arbeitnehmerflügel, der aber die Chancen seiner Doppelstellung, einerseits als einer Arbeitnehmergruppe in der CDU, andererseits als einer christlichen Gruppe in der Einheitsgewerkschaft, nicht zu einem entschiedenen Engagement im Bundestag und im DGB ausnutzen konnte: Die CDU blieb trotz diesem Flügel eine bürgerliche Partei.

Man kann sie schon deshalb, aber auch im Hinblick auf ihre Optionen, die Partei des Status quo nennen, für welche die Zukunft im Grunde die verlängerte Gegenwart ist. Das gilt besonders in den letzten Jahren und in steigendem Maße. Es gilt mit einer Ausnahme: In ihr richtet sich der Konservatismus nicht mehr gegen den technischen Fortschritt, sondern er schließt ihn ein. (Franz Josef Strauß und Lothar Späth, die Chefs der bayerischen CSU und baden-württembergischen CDU, setzen sich besonders stark für neue Techniken und für die technische Effizienz des Bundes ein.) Trotzdem wird man die Union als die konservative Volkspartei bezeichnen können, die denn auch ihre Mitglieder und ihre Wähler in Schichten suchen muß, die an einer Erhaltung ihrer beruflichen Existenz und ihres Besitzstandes interessiert sind.

Schon angesichts dieser Tatsachen wird man den christlichen Charakter der Unionspartei in Frage stellen müssen. Christen, die aus welchen Motiven auch immer dem herrschenden sozial gebremsten kapitalistischen System kritisch gegenüberstehen, müssen der Partei die Legitimität des Buchstabens C in ihrem Namen bestreiten. Erst recht finden sich die meisten der Katholiken nicht in ihr vertreten, die sich in der Nachfolge des Zweiten Vatikanischen Konzils in der Erneuerung der Kirche engagieren – nach dem Wunsch des Papstes Johannes XXIII.: gemäß den klaren Linien der Urkirche und dem «aggiornamento», im produktiven Umgang mit der Gegenwart. Das gilt von den Christen, welche die großartige Solidarität der Kirche ernstnehmen wollen, die im Eingangssatz der Konstitution «Gaudium et spes» proklamiert worden ist. Die politische Linke im deutschen Katholizismus ist so weithin mit der innerkirchlichen Bewegung der Erneuerung identisch.

Diesem Zustand entspricht die Ideologie der Partei. Soweit sie überhaupt Aufgaben und Ziele definiert, die vom Engagement des Christen bestimmt sind, ist es die normativ-kasuistische Haltung der katholischen Soziallehre, und zwar

ohne deren Entwicklung zum «Laborismus», zum Vorrang der Arbeit vor dem Kapital, mitzumachen. Indem sie sich mit einer begrenzten Reform der bestehenden Gesellschaft begnügt, versagt sie vor den neuen Gefährdungen, die es notwendig machen, eine «andere Republik», ein «anderes Europa», eine andere Weltordnung anzustreben. Anders als die «Theologie der Befreiung» versagt sie vor der Kategorie der geschehenden, der sinnvoll zu verwirklichenden Geschichte. Sie denkt in Prinzipien und Normen, nicht in geschichtlichen Strukturen, nicht in der Kategorie des geschichtlichen Risikos. Sie verkennt die Bedeutung der gegebenen politischen Kräfte, auf die der angewiesen ist, der die Gesellschaft verändert sehen will. So weiß sie nicht, daß produktive und heilsame Lösungen unserer Daseinsprobleme nur zu erreichen sind, wenn sich gegen aktiv oder passiv reaktionäre und repressive Kräfte und Strukturen, auch gegen «Wölfe», Schmarotzer und Gleichgültige die in der Geschichte Europas wirksam gewordenen produktiven Kräfte im Konsensus, in der Strategie und in der Aktion verbinden: die Kräfte des Christentums, der sozialistischen Arbeiterbewegung und der radikaldemokratischen Minderheit des liberalen Bürgertums.

Die geistliche Gegenposition gegen den illegitimen Anspruch, eine Partei der Christen zu sein, ließe sich aus Jesu Rede vom Salz und vom Sauerteig entwickeln. Die engagierten Christen der Bundesrepublik sollten sich vor allem als aktive Minderheiten in allen produktiven Organisationen, so vor allem in der SPD, in der CDU und bei jenen radikaldemokratischen Bürgern engagieren.

Wie stehen die Amtskirchen zu der skizzierten Situation? Während die evangelischen Landeskirchen und die EKD durchwegs eine gewisse Äquidistanz zu den etablierten Parteien und zu den Grünen gehalten haben und halten, ist ein solcher «gleicher Abstand» des katholischen deutschen Episkopats nur für eine vorübergehende Periode angestrebt worden. In den ersten Jahren der Bundesrepublik hat schon die überragende Figur Konrad Adenauers, der von den meisten Katholiken und sicherlich auch von den meisten Bischöfen als der von Gott zu den armen Deutschen gesendete Politiker gesehen wurde, für die Identität von Kirche und Partei gesorgt. Ob Kardinal-Erzbischof Frings mehr von Adenauer oder dieser mehr von jenem abhing, ist eine offene Frage. Noch heute begegnet einem solche

Identität oft in der fatalen Unsicherheit, die man vor dem Ausspruch hat: «Wir» müssen dies oder jenes tun. Man muß dann manchmal fragen, wer mit diesem «Wir» eigentlich gemeint sei, wir Katholiken oder wir CDU-Leute? Zum «richtigen» Wählen haben die Bischöfe durchweg in Hirtenbriefen aufgefordert, niemals direkt und ausdrücklich, aber umso eindeutiger indirekt. Neuerdings ist auch von einer Äquidistanz nicht mehr die Rede.

Die skizzierte Identität von katholischer Kirche und der Partei der christlichen Demokratie geht seit der konstantinischen Wende auf eine uralte Geschichte zurück, so auf das Doppelsystem von Reich und Kirche im Mittelalter und

auf dessen Säkularisierung zu der Vorstellung einer «christlichen Kultur». Wie es auch immer mit der christlich-demokratischen Formation in anderen Ländern steht: In der Bundesrepublik jedenfalls kann der Bund der beiden Unionsparteien nicht als die geschichtlich fällige Antwort auf die Frage angesehen werden, was das politische Engagement von der katholischen Kirche und von ihrem Amt, was es von den katholischen und evangelischen Christen verlangt. Der Anspruch der Unionsparteien, die politische Formation der Christen zu sein, widerspricht sowohl den demokratischen Spielregeln als auch dem kritisch-prophetischen Anspruch der Christenheit.

WALTER DIRKS

1901 in Dortmund-Hörde geboren. Studium der Theologie, Soziologie und Philosophie in Paderborn, Münster, Frankfurt und Gießen. Von 1924 bis 1934 Kulturschriftleiter der «linkskatholischen» Rhein-Mainischen Volkszeitung (1933 Schutzhaft), von 1935 bis 1943 in Feuilleton der alten Frankfurter Zeitung. Zusammen mit Eugen Kogon begründete er 1946 die «Frankfurter Hefte». Von 1956 bis 1967 war er Leiter der Hauptabteilung Kultur beim Westdeutschen

Rundfunk. Lebt seit seiner Pensionierung als freier Schriftsteller in Wittnau bei Freiburg i. Br. Wichtige Veröffentlichungen: *Erbe und Aufgabe* (Frankfurt 1931); *Die zweite Republik* (Frankfurt 1947); *Die Antwort der Mönche* (Frankfurt 1952); *Das schmutzige Geschäft* (Olten/Freiburg 1964); *Der singende Stotterer* (München 1983); *War ich ein linker Spinner?* (München 1983); *Die Samariter und der Mann aus Samaris* (Freiburg 1985); eine achtbändige Ausgabe seiner «Gesammelten Schriften» ist in Vorbereitung. Anschrift: Hasenbuckweg 7, D-7801 Wittnau.